
Klaus Dörre · Hartmut Rosa ·
Karina Becker · Sophie Bose ·
Benjamin Seyd
(Hrsg.)

Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften

Sonderband des Berliner Journals
für Soziologie

 Springer VS

Hrsg.

Klaus Dörre
Institut für Soziologie
Friedrich-Schiller-Universität Jena
Jena, Deutschland

Hartmut Rosa
Institut für Soziologie
Friedrich-Schiller-Universität Jena
Jena, Deutschland

Karina Becker
Kolleg Postwachstumsgesellschaften
Friedrich-Schiller-Universität Jena
Jena, Deutschland

Sophie Bose
Kolleg Postwachstumsgesellschaften
Friedrich-Schiller-Universität Jena
Jena, Deutschland

Benjamin Seyd
Institut für Soziologie
Friedrich-Schiller-Universität Jena
Jena, Deutschland

Das Berliner Journal für Soziologie wird herausgegeben vom Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena sowie vom Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin. Herausgeber_innen sind Klaus Dörre (Jena), Frank Ettrich (Erfurt), Karin Lohr (Berlin), Hans-Peter Müller (Berlin) und Hartmut Rosa (Jena). Weitere Informationen unter: www.springer.com/11609

ISBN 978-3-658-25946-4 ISBN 978-3-658-25947-1 (eBook)
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-25947-1>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2019

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany



Regressive Rebellen und autoritäre Innovatoren: Typen des neuen Autoritarismus

Oliver Nachtwey und Maurits Heumann

1 Einleitung

Der Rechtspopulismus hält die meisten westlichen Gesellschaften in Atem. Eine nervöse, gereizte Grundstimmung herrscht in der Politik. Auch in Deutschland ist die lange politische Stabilität an ein vorläufiges Ende gekommen. Mit der Alternative für Deutschland (AfD) hat der Rechtspopulismus Einzug in die deutsche Politik gehalten. Mit 13 % der Stimmen wurde sie die drittstärkste Kraft im 2017 gewählten Bundestag, in Sachsen wurde sie sogar zur stärksten Partei. Der Erfolg der AfD ist Resultat der Repräsentationskrise im politischen System, in dem sich die Politik der Mitte erschöpft hat (Nachtwey 2019). Anders als in den 1990er-Jahren wird der Aufstieg des Rechtspopulismus voraussichtlich jedoch kein temporäres Phänomen bleiben, sondern das politische System dauerhaft transformieren.

Der Aufstieg der AfD hat eine breite sozialwissenschaftliche Debatte über die Ursachen und Bedingungsfaktoren des Rechtspopulismus ausgelöst, die vor allem über die heterogene soziale Struktur der UnterstützerInnen der AfD geführt wird. In der gegenwärtigen sozialwissenschaftlichen Forschung zu rechtspopulistischen Orientierungen und ihren Entstehungsbedingungen dominieren drei Erklärungsansätze (Rippl und Seipel 2018): In der ersten wird die These vertreten, dass es vor allem die sozioökonomischen und politökonomischen Transformationen sind, die Deprivationserfahrungen und sozioökonomische Verunsicherungen produzieren und zum Aufstieg des Rechtspopulismus geführt haben (u. a. Lux 2018; Heitmeyer 2018; Manow 2018). In der zweiten Perspektive werden vor allem kulturelle Faktoren betont. Aus dieser Sicht sind es insbesondere soziokulturelle Bedrohungen und Entwertungen, die eine Empfänglichkeit für autoritäre Orientierungen wahrscheinlicher machen (Koppetsch 2017; Reckwitz 2017). Der dritte Erklärungsansatz verweist auf die zunehmende politische Entfremdungserfahrung

und auf politische Repräsentationsdisparitäten als wichtige Faktoren (Hambauer und Mays 2018). Insgesamt sind, so Rippl und Seipel (2018), die verschiedenen Befunde zur soziopolitischen Zusammensetzung der Bevölkerungsteile, die sich von rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen angesprochen fühlen, nicht konsistent und die jeweiligen Erklärungsansätze scheinen nur Teilaspekte weitreichender gesellschaftspolitischer Verschiebungen und Krisen zu beleuchten.

Auffällig ist das Defizit an qualitativen Forschungen.¹ Mit unserer Untersuchung, die wir im Folgenden aus Platzgründen nur ausschnittsweise präsentieren können, wollen wir einen solchen qualitativen und explorativen Beitrag zur aktuellen Autoritarismus- und Rechtspopulismusforschung leisten, der theoretisch an Autoritarismus- und Anomiekonzepte anknüpft.

2 Material und Methode

Im Jahr 2017 haben wir in Zusammenarbeit mit der Nichtregierungsorganisation Campact e. V.² eine Studie über neue Formen des Autoritarismus in der Zivilgesellschaft durchgeführt.³ Die explorative Studie baut auf einem spontanen, d. h. selbstselektiven und theoriegeleiteten Sampling auf. Wir haben 16 biografisch-narrative Interviews mit Campact-UnterstützerInnen geführt, die in der Online-Kommunikation mit Campact eine Sympathie für die AfD zu erkennen gaben.⁴ Diesen scheinbaren Widerspruch zwischen der Unterstützung einer progressiven Bewegungsorganisation und der Parteinahme für AfD-Positionen nahmen wir zum Ausgangspunkt, um nach neoautoritären Formen politischer Partizipation zu fragen.

-
- 1 Ausnahmen bilden die wichtigen qualitativen Studien von Dörre et al. (2018) und Sauer et al. (2018). Dörre et al. untersuchen rechtspopulistische Orientierungen im betrieblichen Kontext, während Sauer et al. vor allem Experteninterviews mit Gewerkschaftsmitgliedern in den Fokus rücken. Unsere Studie bezieht sich auf zivilgesellschaftliche Akteure und ihre politische Ideologie.
 - 2 Campact ist eine vor allem im Internet tätige progressive Bewegungsorganisation, die insgesamt mehr als 2 Millionen Menschen in ihren E-Mail-Verteilern führt; <https://www.campact.de/campact/>.
 - 3 Für die konstruktive Mitarbeit in allen Forschungsphasen danken wir unserem ForscherInnenteam Farah Grütter, Flurin Dummermuth und Jan Moritz Dolinga.
 - 4 Es ist wichtig zu betonen, dass unsere Interviews im Kontext der öffentlich-medialen Debatte um die bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und den Aufstieg der AfD stattfanden und daher stark von dem beeinflusst sind, was Adorno (1995, S. 176) als „kulturelles Klima“ und „ideologischen Einfluss der Massenmedien auf die Bildung der öffentlichen Meinung“ bezeichnet.

Insgesamt haben wir über 30 Stunden Interviewmaterial erhoben und durch ethnografische Feldnotizen und einen standardisierten Fragebogen zur Sozialstruktur und zu den wahlpolitischen Präferenzen der Befragten ergänzt. Unter Zuhilfenahme der Analysesoftware MaxQDA kodierten wir das Interviewmaterial unter Berücksichtigung deduktiver Kriterien nach der qualitativen Inhaltsanalyse (Mayring 2015) und nach dem offenen Verfahren der „Grounded Theory“ (Strübing 2014). Das Ergebnis ist eine umfangreiche Indexierung des Materials in einer inhaltlichen, einer biografischen und einer kognitiv-moralischen Dimension, die über 6000 Kodierungen umfasst.

In den fallvergleichenden Kodier- und Analyseprozessen interessierten wir uns in erster Linie für die ideologischen Gemeinsamkeiten der Befragten. Dabei erarbeiteten wir eine dichte Beschreibung der geteilten politischen Meinungen sowie des Spannungsverhältnisses zwischen den Befragten und den etablierten Normen und Institutionen der gegenwärtigen politischen Ordnung. Auf dieser Grundlage konnten wir schließlich eine Typenbildung vornehmen (Kelle und Kluge 2010, S. 90), in der wir Merkmale und Sinngelungen in zwei Anpassungstypen nach Robert K. Merton (2009) verdichteten.

In unserem Sample sind mehrheitlich Männer vertreten (13). Die 16 Befragten sind im Vergleich zur Gesamtbevölkerung leicht überdurchschnittlich gebildet und haben bereits ein mittleres oder höheres Alter erreicht. Sechs der 16 Befragten sind in den 1960er-Jahren geboren, während fünf in den 1950er-Jahren und vier in den 1940er-Jahren zur Welt kamen. Nur eine Person ist in den 1990er-Jahren geboren. Sechs der befragten Personen sind bereits pensioniert, eine andere Person ist arbeitssuchend und eine weitere invalide und infolgedessen nicht mehr erwerbstätig. In unseren Interviews konnten wir rekonstruieren, dass solche Lebensereignisse – der Eintritt in die Rente oder biografische Brüche – häufig den Beginn einer autoritären Politisierung darstellen. Diese Lebensereignisse sind in der Regel mit persönlichen Neuorientierungen verbunden und fallen mit dem Gewinn neuer Zeitressourcen zusammen, die unter Umständen dazu genutzt werden können, sich im Internet neue Wissensquellen zu erschließen.

3 Autoritarismus und Anomie

Den theoretischen und analytischen Ausgangspunkt der Untersuchung bildet John Duckitts Aufsatz „Authoritarianism and group identification: A new view on an old construct“ (1989). In diesem schlägt Duckitt eine Neufassung des ursprünglichen Konzepts des autoritären Charakters von Theodor W. Adorno (1995) vor. Während

Adorno die autoritäre Persönlichkeit in erster Linie unter Berücksichtigung ihrer Charakterstruktur analysierte, verschiebt Duckitt die Perspektive auf die sozialstrukturellen Aspekte autoritärer Äußerungen und ihre Situations- und Gruppenspezifika und meint damit das Verhältnis der Gruppenmitglieder zu Gruppenautoritäten, Gruppenkonventionen sowie Fremden und Andersdenkenden. Gerät die Gruppe (situativ) unter Druck, intensiviert sich die Gruppenidentifikation bestimmter Mitglieder, was in der Regel zur Konjunktur von autoritären Meinungsäußerungen führt. Autoritär Eingestellte fordern, dass die „purely personal needs, inclinations, and values of group members“ soweit wie möglich den Ansprüchen der Gruppenkohäsion untergeordnet werden sollten (Duckitt 1989, S. 71). Das heißt im Extremfall: Wunsch nach Autorität, Anpassung an Konventionen und Abstrafung von Fremden und AbweichterInnen. Der Autoritarismus zeigt sich auf der Subjektebene demnach als *spezifische* normative Vorstellung über das angemessene Verhältnis zwischen „individual autonomy and group authority“ (ebd., S. 72). Je nach Situation und Kontext können diese Vorstellungen laut Duckitt auch paradoxe, libertär-autoritäre Züge annehmen und sich gegen etablierte Autoritäten, Normen und Institutionen richten. Die gleichen Befragten fordern „autonomy und self-regulation“ (ebd., S. 71), kritisieren die aus ihrer Sicht falschen Autoritäten und stellen Konventionen infrage. Bei der Auswertung der Interviews achteten wir besonders auf diese Varianz von normativen Äußerungen und Reaktionsformen und konnten auf diese Weise die (oftmals paradoxe) Gesamtideologie der Befragten⁵ rekonstruieren.

Aus unserer Perspektive ist der neue Autoritarismus auch eine Folge gesteigerter Anomievulnerabilitäten, die sich infolge von gesellschaftlichen Modernisierungsschüben ungleich auf bestimmte Bevölkerungsgruppen verteilen und sich den Betroffenen als Handlungsproblem offenbaren. Anomie bedeutet in dieser Konzeption das Ungleichgewicht „zwischen den relativen Aspirationsniveaus gesellschaftlicher Teilgruppen und den darauf eingepassten Zugangsregelungen und Realisierungsmöglichkeiten verschiedener gesellschaftlicher Funktionsbereiche“ (Bohle et al. 1997, S. 57). Mit dem Begriff der Anomievulnerabilität charakterisieren wir jene Personen und Gruppen, die aufgrund ihrer beruflichen und sozialen Position sowie ihrer persönlichen Netzwerke ein erhöhtes Risiko von Anomie aufweisen.

Die Folgen von Anomie sind häufig moralische Projektionen, die autoritär geprägt sind: „Spannungen, die ihre Ursache in einem spezifischen Teilsystem

5 Ideologie „steht für ein System von Meinungen, Attitüden und Wertvorstellungen – für eine Denkweise über Mensch und Gesellschaft“ (Adorno 1995, S. 2). Auf der Gruppenebene prägen sich diese Ideologien in Form von „geteilten Denkmustern“ aus, die „bei jedem einzelnen Fall [...] eine Funktion bei der Anpassung des Individuums an die Gesellschaft erfüllen“ (ebd., S. 3).

haben, [können] sich in ganz anderen Teilbereichen entladen“ (ebd., S. 54). In modernen Marktgesellschaften folgt aus Anomie und Anomievulnerabilität häufig das Ressentiment, wie es Max Scheler schon früh erkannt hat. Die Ohnmachtserfahrung, die sich aus der Nichtverwirklichung von Gleichheits- und Partizipationsansprüchen unter der gesellschaftlichen Bedingung des Wettbewerbs ergibt, begründet das Ressentiment: „Die äußerste Ladung von Ressentiment muß demnach eine solche Gesellschaft besitzen, in der, wie in der unsrigen, ungefähr gleiche politische und sonstige Rechte resp. öffentlich anerkannte, formale soziale Gleichberechtigung mit sehr großen Differenzen der faktischen Macht, des faktischen Besitzes und der faktischen Bildung Hand in Hand gehen: In der jeder das ‚Recht‘ hat, sich mit jedem zu vergleichen, und sich doch faktisch nicht vergleichen kann“ (Scheler 2004, S. 9).

Gerade in den vergangenen Jahrzehnten hat Deutschland, so wie die meisten westlichen Gesellschaften, einen erheblichen sozialen Wandel erfahren: die soziale Stabilität ist erodiert und die politische Repräsentation ist in der Krise (Nachtwey 2016, 2019). In dieser postdemokratischen Konfiguration haben die demokratischen Werte und Zielsetzungen sowie der Rechtsstaat für weite Teile der Gesellschaft Bestand und dienen den Mitgliedern als Orientierungspunkte. Allerdings wurden die Normen und institutionellen Mechanismen der Demokratie ausgehöhlt.⁶ Sie funktionieren nur noch für ausgewählte Bevölkerungsgruppen verlässlich. Der soziale und demokratische Nexus einer modernen „Gesellschaft der Gleichen“ (Rosanvallon 2013) gerät unter Druck: Die soziale und politische Ordnung verliert ihre Legitimationsbasis und der liberaldemokratische Kodex seine integrative Kraft.

4 Autoritarismus bei zivilgesellschaftlich Engagierten

Im Folgenden stellen wir die Ergebnisse unserer Untersuchung dar und legen zunächst ein Augenmerk auf die typenübergreifenden politischen Einstellungsmerkmale. Insgesamt herrscht bei den Befragten eine große politische Unzufriedenheit vor. Die darin wurzelnde Kritik geht von einer Krise der Repräsentation aus und stellt sich den Befragten als Autoritäts- und Regierungskrise dar. Wenn

6 So gehen die Unterklassen mittlerweile immer weniger zur Wahl (Schäfer 2015). Sie haben mit ihrer Stimme aber auch ohnehin weniger Einfluss auf die politischen Entscheidungen (Elsässer 2018).

ein Befragter⁷ auf unsere Einstiegsfrage nach politischen Gemeinsamkeiten und Unterschieden von Campact und AfD antwortet: „Also meine Einstellung ist die, ich habe nichts gegen die Aufnahme von diesen fremden Leuten, aber man sollte nicht vergessen, die Ordnung zu behalten“ (ZV22), vertritt er eine Position, die unter den Befragten weitgehend Konsens ist. Die Herstellung und Bewahrung von Recht und Ordnung wird zur primären Staats- und Regierungsaufgabe erklärt und die normative Vorrangstellung nationaler Interessen in der Asyl- und Innenpolitik gefordert. Wenn eine andere Befragte diese staatsautoritäre mit einer sozialstaatlichen Argumentationslinie verklammert, artikuliert sie eine komplementäre Meinung, die im Laufe der Interviews immer wieder zum Ausdruck kommt:

Pass auf: Es kann nicht sein, dass der Staat zum Beispiel Millionen, Milliarden, also sei es jetzt für die Flüchtlinge oder aber in irgendwelche Länder schickt [...]. Und unsere Alten gehen Flaschen sammeln, weil die Rente nicht reicht. (YX89)

Politik und Staat sind in dieser Perspektive nicht nur für Recht und Ordnung, sondern auch für Umverteilung und Interessenausgleich zwischen den Bevölkerungsgruppen und ferner für gerechte Löhne und soziale Sicherungssysteme (insbesondere Familie, Rente und Arbeitslosigkeit) verantwortlich. Im Zuge dieser Kritik verweisen viele der Befragten auch auf das undemokratische Verhältnis zwischen PolitikerInnen, Parteien, der Wirtschaft und anderen Interessengruppen auf der einen und den Interessen des Volkes auf der anderen Seite. So meint ein Befragter: „wir werden nicht von Politikern regiert, sondern von Lobbyisten“ (WR23), und eine andere Befragte äußert in einem ähnlichen Kontext: „[PolitikerInnen] sind Volksvertreter, und da muss das ganze Volk vertreten werden und nicht nur eine Elite“ (WN05).

Die „Flüchtlingskrise 2015“ und ihre Folgen werden in diesem Zusammenhang zum entscheidenden Bezugspunkt, um die gesellschaftlichen Zustände in der Bundesrepublik zu kritisieren, die Identität von Eigen- und Fremdgruppe zu verhandeln und die politischen Positionen zu begründen. So reflektiert ein Befragter stellvertretend für viele der Interviewten seinen politischen Werdegang wie folgt: „Seit 2015 habe ich mich dahingehend gedreht, dass es zuerst mal wichtig ist, dass wir unsere Kultur, unser Land hier so erhalten, wie es ist“ (RN33). Die damaligen Ereignisse bewirkten eine Art autoritären Dammbbruch. Allerdings darf man daraus nicht schließen, dass die Flüchtlingskrise der Auslöser dieser politischen Entfremdung war. Vielmehr lässt sich zeigen, dass sich diese aus bestimmten Lebenserfahrungen

7 Für die folgende Darstellung haben wir die Namen, wie schon bei der Auswertung, anonymisiert und die Zitate im Sinne der Lesbarkeit sprachlich geglättet.

speiste und in Wechselwirkung mit der langsamen, aber kontinuierlichen Erosion der politischen und sozialen Ordnung entwickelte.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Forderungen nach Migrationskontrolle, innerer Sicherheit und nationaler Interessenpolitik diejenigen nach sozialer Gerechtigkeit und Interessenausgleich übertönen, in den Argumentationen der Interviewten jedoch in vielen Fällen eine Wahlverwandtschaft eingehen, die in letzter Konsequenz auf eine politische Praxis exkludierender Solidarität hinausläuft. Diese Positionen beziehen ihre Rechtfertigung aus der normativen Hierarchisierung von nationaler Zugehörigkeit, individueller Leistung und wohlfahrtsstaatlicher Zuwendung gegenüber humanitären Verpflichtungen und Asylhilfe. Von einem Primat des National- und Sozialstaats ausgehend, kritisieren die Befragten die politische Klasse, ihre Politik und die vorherrschenden Repräsentationsverhältnisse. Zugespitzt gesagt, stellt sich die Krise der Repräsentation für sie wie folgt dar: RepräsentantInnen, Gesetze und Institutionen sind vor allem für Recht und Ordnung sowie Wohlstand und Volksvertretung verantwortlich. Da sie diese Zwecke systematisch untergraben und die institutionellen Normen und Wege zur sozialen und politischen Teilhabe nicht mehr verlässlich funktionieren, verlieren sie ihre Legitimationsbasis und bedürfen der Korrektur durch autoritäre Politik und Volksbegehren. Durch diese Position eines autoritären Populismus geraten die Befragten in ein ambivalentes Spannungsverhältnis zu den geltenden Normen, Sitten, Institutionen und Gesetzen.

5 Typen des neuen Autoritarismus

Im Laufe unserer Analysearbeit konnten wir unter den Befragten zwei typologische Ausprägungen des Autoritarismus unterscheiden.⁸ Diese empirischen Typen nennen wir die autoritären Innovatoren und die regressiven Rebellen. Beide bringen eine autoritäre Entfremdung mit der sozialen und politischen Ordnung zum Ausdruck. Erstere verhalten sich institutionell-subversiv, Zweitere treten in eine Art konspirative Rebellion gegen Sitten, Institutionen und Gesetze.

Bei dieser Typologisierung orientierten wir uns an Robert K. Mertons heuristischer Typologie individueller Anpassungsformen. Merton beschreibt fünf solcher Typen, die je als mögliche Reaktionen auf anomiebedingte Handlungsprobleme (Ziel-Mittel-Diskrepanzen) verstanden werden: Konformität, Innovation, Ritua-

8 Bei unseren Typen handelt es sich um starke Verdichtungen. Die Zitate weisen über den Einzelfall hinaus und dienen in erster Linie der Versinnbildlichung zentraler Aspekte.

lismus, Rückzug und Rebellion. Bei unserer Auswertung stießen wir insbesondere auf Formen der Innovation und Rebellion, die wir daraufhin als heuristischen Ausgangspunkt für die weitere empirische Analyse verwendeten. Bei den Typen handelt es sich nicht um „Persönlichkeitsstrukturen“, sondern um ein „Rollenverhalten in spezifischen Situationstypen“ und um „Typen von mehr oder weniger dauerhaften Reaktionen“ (Merton 2009, S. 257).

Beim Anpassungstyp der Innovation werden die traditionellen kulturellen Ziele noch aufrechterhalten, während die zur Verfügung stehenden institutionellen Mittel teilweise abgelehnt werden. Die Betroffenen setzen stattdessen neuartige, aber institutionell legitimierte Mittel zur Erreichung der kulturellen Ziele ein. Der Anpassungstyp Rebellion setzt dagegen eine „Entfremdung von herrschenden Zielen und Normen“ voraus. „Diese werden als etwas völlig Willkürliches angesehen“ (ebd., S. 264): Das Ziel des Rebellen ist denn auch die Hervorbringung einer ganz anderen Sozialstruktur. „Wenn das Institutionssystem als die Barriere angesehen wird, an der die Befriedigung der legitimen Ansprüche scheitert, ist damit der Boden für die Rebellion als Anpassungsreaktion bereitet“ (ebd., S. 263). Der Rebell führt neuartige, unorthodoxe und außerinstitutionell legitimierte Mittel zur Erreichung seiner Ziele ins Feld.

5.1 Autoritäre Innovatoren

Der im empirischen Material deutlich zutage tretende typologische Unterschied drückt sich zunächst in der Sprache und Praxis der Befragten aus: Alle griffen in den Interviews auf Stereotype und Vorurteile zurück, um ihre Position zu rechtfertigen. Die autoritären Innovatoren sind jedoch gleichzeitig konformistischer und subversiver. Sie passen sich in der Regel an vermeintliche Sprachkonventionen an, rationalisieren ihr Ressentiment und relativieren die Stereotype im Kontext ihrer konkreten Erfahrungen mit Autoritäten und Fremden.

Sie begründen ihre Vorurteile im Rahmen etablierter Normen. Viele Mitglieder dieser Gruppe berichten verdrossen von Rassismus- und Nazismus-Vorwürfen sowie diesbezüglichen Konfliktsituationen im Alltag, auf der Arbeit und im Bekanntenkreis. Diese nehmen sie in der Regel als Missverständnisse und ungerechtfertigte Marginalisierung wahr. Die autoritären Innovatoren weichen gegenüber solch einer Ablehnung häufig resigniert zurück und passen sich an: Konformitätsdruck und Konventionalismus bestimmen weiterhin ihre Sprechweisen und Handlungen. So berichtet zum Beispiel ein Befragter von einem Gespräch mit einem befreundeten Ehepaar, in dem er sich zu seiner AfD-Nähe in der „Ausländerfrage“ bekannte und dabei auf Widerspruch stieß:

Wir haben das Thema halt gelassen, weil wir wussten, das ist eine andere Meinung, die akzeptieren wir als eigentlich doch gute Demokraten, und zu dem Thema muss/darf jeder seine eigene Meinung haben, und die wird akzeptiert. (SU34)

Auf institutioneller Ebene und im Kontakt mit Behörden, Bezugspersonen und AusländerInnen treten sie für ihre sozialen und politischen Ordnungsvorstellungen ein und zeigen dabei ein republikanisches Verständnis von bürgerlichen Rechten und Pflichten einerseits und fremdgruppenspezifischen Rechten und Pflichten andererseits. Die autoritären Innovatoren zahlen selbstverständlich Steuern und Gebühren, gehen in der Regel pflichtbewusst zur Wahl, schreiben bei Meinungsverschiedenheiten E-Mails an Kommunal- und LandespolitikerInnen und besuchen in manchen Fällen politische Veranstaltungen. Sie sind darüber hinaus in Sport- und Kirchenvereinen tätig, im Elternrat vertreten, engagieren sich ehrenamtlich (mehrfach auch in der Integrationshilfe für Flüchtlinge) und in der kommunalpolitischen und gewerkschaftlichen Arbeit. In Migrations- und Sozialfragen erwarten sie jedoch eine Reziprozitätsleistung, die sich auf die Stabilität der gesellschaftlichen Ordnung beruft. Minderheiten sollen nur sehr reguliert zuwandern dürfen und sich stärker integrieren. Von den politischen VertreterInnen erwarten sie in diesem Zusammenhang einen strengeren Strafvollzug bei Regelverstößen und Kriminalität. So gibt uns ein Befragter hinsichtlich „straffälliger Flüchtlinge“ zu verstehen:

Der kann doch brav sein, [...] dann darf er hierbleiben. Aber wenn er sich dann hier noch einiges zuschulden kommen lässt, und nachdem er mehrfach verurteilt wird, kann man ihn nicht abschieben, weil ihm da drüben Folter oder Todesstrafe droht. Habe ich kein Verständnis dafür. Er hätte brav sein können. (SK09)

Die tradierten Kanäle der politischen Interessenartikulation, vor allem Parteien und Parlamente, kritisieren sie hingegen als nicht mehr responsiv für die Belange der Wahlbevölkerung. Um Politik und Gesellschaft zu beeinflussen, wählen sie auch neuartige und unkonventionelle Wege der Mitbestimmung: Sie wählen teilweise die AfD, unterschreiben zahlreiche Petitionen (insbesondere zum Umwelt- und Tierschutz sowie gegen Freihandelsabkommen), halten Demonstrationen und Protest für notwendig, vertreten aktiv nach außen ihre politische Meinung, fordern mehr Bürgerbeteiligung oder basisdemokratische Erneuerungen der gesellschaftspolitischen Ordnung, wie zum Beispiel ein Befragter, der erklärt: „was ideal wäre, aus meiner Sicht, obwohl mühsam, wäre die plebiszitäre Demokratie“ (SU34). Das

bringt sie in vielen Fällen in ein Spannungsverhältnis zu den geltenden Normen und Werten der repräsentativen Demokratie und des Rechtsstaates. Vereinfacht gesagt, begreifen sie sich zwar als Teil der sozialen und politischen Ordnung, zu der sie sich selbstbewusst bekennen („wir als eigentlich doch gute Demokraten“), sehen jedoch, dass diese durch „die liberale Einstellung der Regierung“ (SU34) in Gefahr geraten ist. Sie sehen sich als der vergessene, eigentliche Demos, was sie häufig, aber nicht immer als das „Volk“ oder den „kleinen Mann“ übersetzen. Sie wählen autoritäre und teilweise unorthodoxe Mittel zu Korrektur: So fordern sie eine Obergrenze für Zuwanderung, verschärfte Grenzkontrollen oder einen Einwanderungsstopp. Sie engagieren sich kommunalpolitisch (gegen ein lokales Flüchtlingsheim) und innerhalb der Vereinsarbeit (gegen Kopftuchtragende). Paradoxe Weise leisten sie in einigen Fällen aber auch Integrationsarbeit (Sprachkurse) oder unterstützen eine syrische Familie in Aleppo und eine in der Schweiz, „[w]eil ich möchte, dass sie dort bleiben“ (WN05).

Das Spannungsverhältnis zwischen jenem republikanischen Verständnis und diesen autoritären Forderungen und Engagementformen spiegelt sich auch in dem ambivalenten Verhältnis zur AfD, ihrem Wahlverhalten sowie ihrem grundsätzlichen Vertrauen zu den Institutionen der Demokratie und des Rechtsstaates wider. Ein Teil der autoritären Innovatoren wählt zwar nicht die AfD, vertritt jedoch verwandte Positionen und betont nachdrücklich die demokratische Legitimität autoritärer Politik und insbesondere die Legitimität der AfD im politischen Wettbewerb. So gibt uns beispielsweise die Unterstützerin syrischer Familien zu verstehen: „Es gibt einige Positionen von der AfD, die ich mir angeschaut habe [...], die ich teile. Wo ich auch die total überzogenen Reaktionen jetzt falsch finde“ (WN05). Diese Personen würden aus Unzufriedenheit themenspezifische Kleinparteien wie die Tierschutzpartei oder eine Partei für ein bedingungsloses Grundeinkommen wählen oder aber die Wahl verweigern. Derjenige Teil der autoritären Innovatoren, der hingegen die AfD wählen würde, betont das ambivalente Verhältnis zu ihr und begründet seine Wahlabsicht in erster Linie strategisch: Sie wählen die AfD, um „der Politik Beine zu machen“ (SU34). Diese Personen sprechen denn auch von einer traditionellen Verbundenheit mit der SPD oder der CDU/CSU: Die AfD-Wahl ist für sie ein notwendiges, aber innovatives Übel zur Korrektur von deren Politik. So gibt sich ein Befragter als „SPD-Mann“ zu erkennen und lamentiert: „Die SPD glaubt, sie braucht das Volk nicht mehr. Gut, wir haben kapiert, wir wählen jetzt AfD“ (SK09).

Insgesamt artikulieren die autoritären Innovatoren Politik- und Parteienverdrossenheit, die in einer autoritär populistischen Haltung gründet, bekunden aber auch ihr grundsätzliches Vertrauen in die gesellschaftspolitische Ordnung der Bundesrepublik. Zwei Personen gaben an, ein nahezu volles Vertrauen in die

Institutionen der Demokratie und des Rechtsstaates zu haben, während fünf Personen diesbezüglich ein differenziertes Meinungsbild abgaben.

Mit dieser vergleichsweise gemäßigten Reaktion der autoritären Innovatoren korrespondieren einige sozialstrukturelle Merkmale ihres Arbeits- und Privatlebens. Zwar zeigen sich auch hier gewisse Merkmale, die eine Anomievulnerabilität markieren, doch führen die autoritären Innovatoren in der Regel ein recht bürgerliches Leben: Ausbildung, Familiengründung, erfolgreiche Berufskarriere. Sie sind oder waren – drei sind pensioniert – Vollzeit erwerbstätig und unbefristet angestellt. Auffällig ist, dass sie vermehrt in Berufen tätig sind, die ein hohes Maß an betrieblicher Interaktion und sozialer Kooperation erfordern (Ingenieur, Lehrerin, Fabrikvorsteher, Arbeiter, Bankkaufmann).

5.2 Regressive Rebellen

Im Vergleich dazu ist die Anomievulnerabilität der regressiven Rebellen in der Arbeits- und Lebenswelt deutlich höher. Sie sind vermehrt im Dienstleistungssektor und in Berufen mit wenig Interaktion und Kooperation mit KollegInnen tätig (Heilpraktiker, Physiotherapeuten, Fitnesstrainer, Kraftwagenfahrer, Spediteur, Pförtner, Masseurin, Händler und Biolandwirt). Ihre Interaktionsbeziehungen sind in erster Linie auf die Kundschaft beschränkt. Sie erfahren, kurz gesagt, in ihrer beruflichen Praxis mehr Wettbewerb und kaum Solidarität. In einigen Fällen hat sich die soziale Welt der regressiven Rebellen im Laufe ihres Lebens immens verkleinert. Sie waren weltgewandt, haben andere Kontinente bereist, waren neugierig auf fremde Kulturen und setzten sich für soziale Gerechtigkeit ein. Sie verstehen sich jedoch heute als geläuterte KosmopolitInnen.

Anders als die autoritären Innovatoren fühlen sich die regressiven Rebellen weniger an sprachliche und institutionelle Konventionen gebunden, sondern begreifen diese vielmehr als ungerechtfertigte Einschränkung ihrer Meinungs- und Handlungsfreiheit. Sie neigen dazu, ihre Stereotypen und Vorurteile als verfemtes Wissen anzusehen, das sie gegen die vorherrschende Wirklichkeitsbeschreibung ins Feld führen. Rassismen, Schmähreden und Gewaltfantasien bestimmen streckenweise ihre Sprache und Praxis. So gibt uns beispielsweise ein Befragter auf unsere Nachfrage, warum er statt von AusländerInnen und insbesondere MuslimInnen von „Goldstücken“ spräche, zu verstehen:

Das ist so, ich sage mal, wenn du dich mit Leuten unterhältst und du sagst „Goldstücke“, die wissen genau, was du meinst. Du darfst ja nichts Anderes

sagen, bist du ja böse, Rassist, du bist Nazi, aber bei Goldstücken, da hat sich noch nichts, also das wird noch ((lachend)) akzeptiert. (RN33)

Regressive Rebellen geraten in Fundamentalopposition zur vorherrschenden sozialen und politischen Ordnung, die ihnen in vielen Fällen als etwas völlig Willkürliches vorschwebt. Bei Rassismus-, Antisemitismus- und Nazivorwürfen sowie in diesbezüglichen Konfliktsituationen fühlen sie sich diskriminiert und in ihren Vorurteilen bestätigt („wenn ich ein Nazi bin, dann bin ich eben einer“ (JA07)). Regressive Rebellen neigen zur Provokation, sie sind fast beständig im mentalen Modus antiautoritärer Meuterei gegenüber den etablierten liberalen Normen. Je nach Situation und Gruppe können sie AusländerInnen zurechtweisen, gegenüber Autoritäten aufbegehren und Andersdenkende für verblendet erklären. Erzählungen von gesperrten Kommentaren im Internet, Auseinandersetzungen und Zerwürfnissen im Freundes- und Bekanntenkreis sowie im Umgang mit Behörden, Kundschaft und KollegInnen zeugen von dieser Grundhaltung: Das Zurücknehmen der eigenen Position gilt als Schwäche, und das Aufbegehren wird zur Tugend erklärt. In diesem Zusammenhang erzählt uns ein Befragter, nachdem er Geflüchtete als „Siedler“ („Die sollen ja hier bleiben“) bezeichnet hat, von einer Episode am Arbeitsplatz:

Da rief jemand an von: och, es war, glaube ich, nicht direkt [das] Arbeitsamt, auf jeden Fall ging es darum, es sollte ein Flüchtling vermittelt werden, Praktikum bei uns, und dann habe ich mal da auch gewagt, zurückzufragen. Ehm, ich sag: „Ja, der ist jetzt als Flüchtling hier, aber der wird ja dann wahrscheinlich nicht bleiben?“ (JA07)

Regressive Rebellen zeigen ein autoritär-plebiszitäres Verständnis von Demokratie und ihren Institutionen mit stark individualistischen Zügen. Von den (vermeintlich) verlorenen Freiheitsrechten und sozialen Abwertungen der Eigengruppe bestürzt, setzen sie auf Autonomie und Ungehorsam im Umgang mit staatlichen Institutionen und gesellschaftlichen Konventionen. Im Hinblick auf Fremdgruppen berichten sie häufig von der Rechtlosigkeit des Einzelnen und der gemeinschaftlichen Pflichtverletzungen des Kollektivs. So berichtet eine Befragte aus ihrer Erfahrung mit einem Flüchtlingsheim in unmittelbarer Nähe ihres Arbeitsplatzes:

[Die Flüchtlinge] saßen auf dem Fensterbrett und haben telefoniert; wenn ich dann raus bin und hab gesagt: „He, liebe Leute, ihr seid hier willkommen, aber bitte, wir müssen hier arbeiten“ [...]. Ich wurde nicht mal angeschaut. Als wäre ich jetzt eine Ziege, die auf dem Balkon steht und meckert: dann hätte ich eher

Aufmerksamkeit, denn die bringt ja noch Fleisch. Aber eine Frau guckt man nicht an. Und da sag ich einfach, das kann nicht angehen. (YX89)

Ähnlich wie bei den autoritären Innovatoren ist die Argumentation der regressiven Rebellen antiegalitär und in vielen Fällen rassistisch („Die Moslems sind anders, die passen nicht zu uns“ (YX89)). Sie begründen ihre Haltung durch die (angebliche) Bevorzugung von Fremdgruppen, bei gleichzeitiger Diskriminierung der Eigengruppe durch die politischen und kulturellen Eliten. PolitikerInnen werden zu Widersachern, JournalistInnen zu Handlangern und AusländerInnen zu Rivalen:

Wenn irgendwas ist, wenn ich heute die Presse oder das Fernsehen [sehe]. Wenn sie schon sagen „Ja, zwei Männer haben das und das gemacht“ oder „Jugendliche“ dann weiß ich genau, was los ist. [...] Es wird doch einseitig [berichtet], da wird dir doch erklärt: die sind alle gut, da kommt eigentlich fast nichts vor, aber die Deutschen sind das Problem. (RN33)

Im Zentrum der gesellschaftspolitischen Praxis der regressiven Rebellen steht eine Medien- und Öffentlichkeitskritik. Die verzerrte Berichterstattung der Leitmedien (insbesondere zur AfD sowie in Migrations- und innenpolitischen Fragen) wird zur Frontlinie ideologischer Auseinandersetzung. Die Krise der Repräsentation ist auch eine Krise des etablierten Wissens: Verschwörung und Verblendung sind daher beliebte Gesellschaftsdiagnosen der regressiven Rebellen.

Während sich die autoritären Innovatoren lieber auf die „Tagesschau“ und auf etablierte Zeitungen berufen, sehen sich die regressiven Rebellen im Besitz eines verfemten Wissens: Sie lesen im Internet, aber auch in verschiedenen Zeitungen und Büchern, schauen sich Youtube-Videos an und sind in den sozialen Medien aktiv. Sie nennen Buchtitel und vertrauliche Quellen, berufen sich auf einschlägige, häufig aus dem Milieu der VerschwörungstheoretikerInnen stammende AutorInnen und zitieren deren Wahrheiten. Einige archivieren Medieninhalte, übernehmen administrative Aufgaben in einschlägigen Online-Foren oder werden selbst zu WissensproduzentInnen und erstellen Kommentare, Dokumentationen und Videos. Regressive Rebellen sind Teil einer fragmentierten Alternativöffentlichkeit. Hier leisten sie einen aus ihrer Sicht legitimen Widerstand, leben sie ihre Rebellion. Ein drastisches Beispiel dafür ist eine Befragte, die eine Vielzahl von Petitionen zum Tierschutz unterschreibt, „natürlich auch die, die jetzt in Brasilianisch, Spanisch und ich weiß nicht, was für Sprachen kommen. Ich sehe ja die Bilder“, und uns voller Unverständnis von einem Facebook-Kommentar berichtet, der zum Gruppenausschluss führte:

Jetzt war das so [...], vor einem Monat ungefähr, irgendwas hat wieder einer angestellt, so ein scheiß Asylant mit Tieren, und ich weiß nicht mehr genau was, jedenfalls habe ich so ungefähr [geschrieben]: „Hängt ihn doch an dem nächsten Baum auf“, oder so. (AS12)

Die institutionell vermittelte Handlungsebene, die bei den autoritären Innovatoren eine integrierende Rolle spielt, wird bei den regressiven Rebellen zunehmend von solchen subkulturell vermittelten konspirativen Praktiken überlagert. Dabei geht die regressive Rebellion nicht allein, wie Merton annimmt, von dem Ziel einer ganz anderen Sozialstruktur, sondern vom Ausnahmezustand der derzeitigen alten aus: Staatenlosigkeit, Weltverschwörung, Umvolkung und Bürgerkrieg. Das Verhängnis rechtfertigt die außerinstitutionellen Mittel der regressiven Rebellen. Zwar bringt sie diese Grundhaltung in Widerspruch zu Gesetzen, Behörden und BeamtenInnen oder führt zu VerschwörungstheoretikerInnen-Vorwürfen, Unverständnis und Ausgrenzung: Nichtsdestotrotz – oder gerade deswegen – verweigern die regressiven Rebellen die Zahlung von GEZ-Gebühren, sie geben ihre Personalausweise zurück („Reichsbürger“), beantragen Staatsangehörigkeitspapiere („gelbe Scheine“), kaufen Alternativpapiere („keltisch-druidisch“), legen Vorratslager an („Praepper“), versorgen sich selbst, dokumentieren Chemtrail-Bewegungen und rufen Staaten aus. Sie sind – in einer verqueren Weise – vorsorgend und autonomierorientiert. Gleichzeitig ist ihre Lebensführung durchaus konventionell, sie zahlen Steuern, gehen zur Arbeit, erziehen ihre Kinder und stehen in einem (mitunter geheimen) Austausch mit anderen. Obwohl es ihnen widerstrebt, müssen sie sich je nach Gruppen- und Situationskontext verdeckt halten oder herausnehmen. Ihre Haltung und Praxis ist teilweise konspirativ.

Diese subkulturelle Verschwörung der regressiven Rebellen gegen die Werte und Normen der gesellschaftlichen Ordnung bestimmt auch ihr Verhältnis zur AfD, ihr Wahlverhalten und das Vertrauensverhältnis zu den Institutionen der Demokratie und des Rechtsstaats. Alle wollen bei der nächsten Wahl die AfD wählen. Einige bekennen sich dazu offen, besuchen Veranstaltungen, sind Parteimitglied oder denken darüber nach. Andere betonen das Strategische ihrer Wahl und distanzieren sich von bestimmten rassistischen Positionen und PolitikerInnen. Doch die ideologische Nähe zur AfD verlockt sie immer wieder dazu, für diese in Stellung zu gehen. In dem Verhängniszusammenhang, in dem sich die regressiven Rebellen wähnen, erscheint die AfD als einzige Verbündete: Ein Angriff gegen sie ist ein Angriff gegen Andersdenkende und deshalb ein Angriff auf Demokratie, Rechtsstaat und Meinungsfreiheit. So erklärt uns ein Befragter mit Hinblick auf seine AfD-Wahl und die (vermeintliche) öffentliche Diskreditierung der AfD-WählerInnen:

Da werde ich auch weiter zu stehen. Und es kann nicht sein, dass man diese neun Millionen Menschen einfach wegradiert. Das wird ja versucht in den Medien, wird versucht in der ARD und dem ZDF, aber wir sind da. Eine demokratisch legitimierte Partei, die aber unerwünscht ist, weil sie nämlich die Wahrheiten spricht, die die Merckelleute nicht hören möchten. (GK65)

In diesen Wahlabsichten der regressiven Rebellen deutet sich eine – im Vergleich zu den autoritären Innovatoren – tiefergehende politische Entfremdung und jene regressive Fundamentalopposition an, die sich bereits in ihren zurückliegenden Wahlentscheidungen anbahnt. Sechs der Befragten sind WechselwählerInnen, von denen vier angeben, im Laufe ihrer Wahlbiografie ein breites Spektrum an Parteien (sowohl die Volksparteien als auch Grüne, Linke, FDP und in zwei Fällen NPD und Republikaner) gewählt zu haben, während die übrigen zwei dadurch auffallen, dass ihr wechselhaftes Wahlverhalten durch lange Episoden der Wahlverweigerung ergänzt wird. Drei andere Personen erzählten uns, dass sie vor der AfD lange Zeit die Grünen, die Linken oder die FDP gewählt hätten. Die regressiven Rebellen unterscheiden sich diesbezüglich in ihrem vergangenen Wahlverhalten von den autoritären Innovatoren, die biografisch eine deutlich stärkere Verbindung zu den Volksparteien haben. Insgesamt bringen die regressiven Rebellen eher eine allgemeine und – in manchen Fällen – lebenslängliche politische Entfremdung zum Ausdruck als eine bestimmte politische Orientierung. Das zeigt sich auch in dem grundsätzlichen Misstrauen gegenüber der gesellschaftspolitischen Ordnung der Bundesrepublik: Alle Befragte gaben an, wenig bis gar kein Vertrauen in die Institutionen der repräsentativen Demokratie und des Rechtsstaats zu haben.

Im Vergleich zu den autoritären Innovatoren wählten die regressiven Rebellen vor der AfD auch vermehrt progressivere Parteien, bereisten die Welt und setzten sich gelegentlich für soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz, internationalen Frieden und kulturellen Austausch ein. Ein gutes Beispiel für diese Entwicklung ist ein Befragter, der seit seiner Schulzeit politisch aktiv war („Ich war immer ein Linker“), eine „weltoffene“ Erziehung erfuhr und sich zuletzt tatkräftig bei den Stuttgart21-Protesten engagierte. Aus einer negativen Erfahrung mit einer Gruppe von AusländerInnen zog er jedoch vor fünfzehn Jahren die politische Lehre, „[e]s darf sich nicht weiter so verschieben, du darfst nicht Fremder im eigenen Land werden“ (XC54). Auch die regressiven Rebellen waren in vielen Fällen zivilgesellschaftlich aktiv, doch verkleinerte sich ihre Lebenswelt im Laufe der Zeit zunehmend. Die Regression der Rebellen zeigt sich gerade darin, dass sie politisch den weitesten Weg gegangen sind: vom progressiven zivilgesellschaftlichen Engagement zum regressiven und rebellischen Autoritarismus.

6 Fazit

In unserer qualitativen Untersuchung von AfD-SympathisantInnen traten bei allen interviewten Personen Formen von Anomievulnerabilitäten, Ressentiment und Autoritarismus auf. Wir konnten zudem zwei typische VertreterInnen des neuen Autoritarismus unterscheiden, die ihre Entfremdung mit dem politischen System in jeweils typischen Kognitionsmustern und Praxisformen zum Ausdruck brachten: die autoritären Innovatoren und die regressiven Rebellen. Erstere betrachten das demokratische System und seine Institutionen als stark korrekturbedürftig, aber legitim. Zweitere sind häufig zu regelrechten GegnerInnen der liberalen Demokratie geworden. Trotz ihrer ursprünglich unkonventionellen, antiautoritären Dispositionen haben sie Erfahrungen des Abstieges und der Anomie zu autoritären DissidentInnen gegenüber den demokratischen Institutionen und Diskursen werden lassen.

Der Mechanismus, der bei den autoritären Innovatoren besonders stark hervortrat, waren Etablierte-Außenseiter-Konflikte. Norbert Elias und John L. Scotson (1993) haben dieses autoritäre Gruppenverhalten schon früh aufgezeigt: Wenn sich Etablierte von Außenseitern in ihrer privilegierten Position bedroht fühlen, reagieren sie mit der Stigmatisierung von Fremdgruppen. Angesichts ihrer sozialen Lage können sich die autoritären Innovatoren – anders als die regressiven Rebellen – durchaus zu den Etablierten zählen und auch in ihrem Wahlverhalten waren sie häufig von einer hohen Stabilität gegenüber den etablierten Volksparteien geprägt. Die soziale und politische Ordnung ist für sie subjektiv jedoch von zwei Seiten bedroht: den (neuen) MigrantInnen und den liberalen Eliten. Die Ersteren betrachten sie weniger als KonkurrentInnen um ökonomische Ressourcen, sondern als Bedrohung für jene bereits fragile soziale und politische Ordnung, in der sie zunehmend um ihren Rang und ihre Position kämpfen müssen. Den Zweiteren misstrauen sie. Sie fühlen sich hintergangen und in dieser Ordnung immer weiter an den Rand gedrängt.

Ganz anders die regressiven Rebellen: In ihren Berufs- und Lebensverhältnissen eher von Brüchen, Krisen und Abstiegsenerfahrungen heimgesucht, zählten sie bereits zuvor zu den sozialen und politischen AußenseiterInnen und zeigen in ihrem Wahlverhalten auch eine entsprechende Tendenz. Sie bringen eine allgemeine und tiefgehende Unzufriedenheit mit der bestehenden Ordnung und ihrer RepräsentantInnen zum Ausdruck. Vereinfacht gesagt, sind sie antiautoritäre Autoritäre, die Zeit ihres Lebens gegen Autoritäten und Konventionen rebellierten, aber erst in der jüngeren Vergangenheit zunehmend destruktiv und fremdenfeindlich wurden. Sie kokettieren mit dem Unorthodoxen, mit dem Exzess und können sich in

Gewaltfantasien ergehen. Sie begreifen sich als Benachteiligte eines korrumpierten Systems, in dem sie in ihren Freiheiten eingeschränkt, von Medien und Politik falsch repräsentiert und durch Fremde ausgetauscht würden. Ihr Hang zu Schmährede, Vorurteil und verschwörungstheoretischer Praxis ist am besten vor jener erhöhten Anomievulnerabilität und diesem ideologischen Hintergrund zu verstehen und wird von uns als Teil ihrer immerwährenden Rebellion und Benachteiligung gedeutet.

Bei allen Personen in unserer Studie standen die Entfremdung vom politischen System und eine damit verbundene politische Ohnmachtserfahrung im Vordergrund. Dabei nutzten alle Befragten die in der vermeintlichen Flüchtlingskrise aufkommende nationale Souveränitäts- und soziale Ordnungsfrage als einen öffentlich-legitimierten, medialen Referenzrahmen, um sich subjektiv re-souveränisieren zu können (dazu auch Bach in diesem Band). Während die autoritären Innovatoren das Ziel verfolgen, die bestehende, alte Ordnung zu erhalten und dafür institutionell-vermittelte und teilweise unorthodoxe Wege einer autoritären Politik wählen, greifen die regressiven Rebellen auf subkulturell-vermittelte und individualistische Praktiken zurück. Ihnen geht es darum, die bestehende Ordnung zu stören, womit sie die eigene Pseudorealität selbstreferentiell und innerhalb jener Online-Subkultur bestätigen. In diesem Zug weisen sie Ähnlichkeiten mit den Typen des „Rebellen“ (Adorno 1995, S. 328) und „Spinners“ (ebd., S. 331) auf.

Wie kann man nun mit diesen Menschen umgehen? Kann man das überhaupt? Wir fürchten, dass es keine einfachen und vor allem keine kurzfristigen Antworten auf diese Fragen gibt. Auch wenn die Zukunft der AfD noch ungewiss ist, der neue Autoritarismus wird aller Voraussicht nach Bestandteil des künftigen politischen Systems bleiben. Besonders die regressiven Rebellen sind derzeit für eine demokratische Kultur kaum wiederzugewinnen. Sie sind in einem verschwörungstheoretischen Tunnel gefangen und in ihrem Zynismus für rationale Argumente kaum mehr zugänglich. Zwar distanzieren sie sich in den Interviews vom Nationalsozialismus, von Rassismus und bekennen sich zur Demokratie, im Kontext ihres Gesamtautoritarismus erschienen diese Äußerungen jedoch eher wie eine Distanzierungsformel, sie „bedien[t]en sich offiziell traditioneller Ideen und Werte, [gaben] ihnen jedoch in Wirklichkeit eine völlig andere, antihumane Bedeutung“ (Adorno 1995, S. 199). Anders verhält es sich mit den autoritären Innovatoren, die noch nicht im sozialpathologischen Tunnel der Verschwörungen gefangen sind, die beispielsweise ein taktisches und instrumentelles Verhältnis zur AfD haben, um aus Protest die anderen Parteien zu korrigieren. Diese erscheinen zwar durchaus für demokratische Ansprachen erreichbar. Aber auch diese Gruppe wäre aufgrund ihrer ethnozentrischen, nationalistischen und teilweise rassistischen Dispositionen vermutlich nicht allein durch autoritäre Politiken für das demokratische System

zurückzugewinnen. Die Demokratie und ihre Institutionen stehen vor großen Bewährungsproben.

Literatur

- Adorno, T. W. (1995) [1950]. *Studien zum autoritären Charakter*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Bohle, H. H., Heitmeyer, W., Kühnel, W., & Sander, U. (1997). Anomie in der modernen Gesellschaft: Bestandsaufnahme und Kritik eines klassischen Ansatzes soziologischer Analyse. In W. Heitmeyer (Hrsg.), *Was treibt die Gesellschaft auseinander? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft* (S. 29–68). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Dörre, K., Bose, S., Lütten, J., & Köster, J. (2018). Arbeiterbewegung von rechts? Motive und Grenzen einer imaginären Revolte. *Berliner Journal für Soziologie*, 28, 55–89.
- Duckitt, J. (1989). Authoritarianism and group identification: A new view of an old construct. *Political Psychology*, 10, 63–84.
- Elsässer, L. (2018). *Wessen Stimme zählt? Soziale und politische Ungleichheit in Deutschland*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Elias, N., & Scotson, J. L. (1993). *Etablierte und Außenseiter*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Hambauer, V., & Mays, A. (2018). Wer wählt die AfD? – Ein Vergleich der Sozialstruktur, politischen Einstellungen und Einstellungen zu Flüchtlingen zwischen AfD-WählerInnen und der WählerInnen der anderen Parteien. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaften*, 12, 133–154.
- Heitmeyer, W. (2018). *Autoritäre Versuchungen*. Berlin: Suhrkamp.
- Kelle U., & Kluge, S. (2010). *Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Koppetsch, C. (2017). Rechtspopulismus, Etablierte und Außenseiter. Emotionale Dynamiken sozialer Deklassierung. In D. Jörke & O. Nachtwey (Hrsg.), *Das Volk gegen die (liberalen) Eliten*. Leviathan, Sonderheft 32 (S. 208–232). Baden-Baden: Nomos.
- Lux, T. (2018). Die AfD und die unteren Statuslagen. Eine Forschungsnotiz zu Holger Lengfelds Studie „Die ‚Alternative für Deutschland‘: eine Partei für Modernisierungsverlierer?“ *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 70, 255–273.
- Manow, P. (2018). *Die Politische Ökonomie des Populismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Mayring, P. (2015). *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Merton, R. K. (2009). Sozialstruktur und Anomie. In P. Imbusch & W. Heitmeyer (Hrsg.), *Integration – Desintegration. Ein Reader zur Ordnungsproblematik moderner Gesellschaften* (S. 251–266). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Nachtwey, O. (2016). *Die Abstiegs-gesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.
- Nachtwey, O. (2019). System ohne Stabilität. Der Niedergang der Volksparteien. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 64(2), 95–102.
- Reckwitz, A. (2017). *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*. Berlin: Suhrkamp.

- Rippl, S., & Seipel, C. (2018). Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie. Was erklärt rechtspopulistische Orientierungen? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 70, 237–254.
- Rosanvallon, P. (2013). *Die Gesellschaft der Gleichen*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Sauer, D., Stöger, U., Bischoff, J., Detje, R., & Müller, B. (2018). *Rechtspopulismus und Gewerkschaften. Eine arbeitsweltliche Spurensuche*. Hamburg: VSA.
- Schäfer, A. (2015). *Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Scheler, M. (2004). *Das Ressentiment im Aufbau der Moralen*. Frankfurt a. M.: Klostermann.
- Strübing, J. (2014). *Grounded Theory. Zur sozialtheoretischen und epistemologischen Fundierung eines pragmatistischen Forschungsstils*. Wiesbaden: Springer VS.